

Rechte Strategien der Aneignung

Postwachstum von rechts und die Gefahr des Ökofaschismus

Das Konzept des Postwachstums ist für eine Auslegung durch die Neue Rechte offen. Diese versucht durch unterschiedliche Methoden die Ideen umzudeuten und neu zu kontextualisieren. Wo ist Abgrenzung notwendig und welche Argumente können dem Narrativ der Neuen Rechten entgegengesetzt werden?

Von Tatjana Söding und William Callison

Die Verstärkung der Klimakrise hat der Kritik des Kapitalismus neuen Wind eingehaucht. Populär vertreten wird diese Erkenntnis insbesondere von der Postwachstums- und Degrowth-Bewegung. Hierbei wird Postwachstum häufig als geplante Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs von Ländern des Globalen Nordens beschrieben, die ein Leben innerhalb planetarer Grenzen ermöglichen, inter- und intransnationale Ungleichheit verringern und das menschliche Wohlbefinden verbessern soll (Hickel 2021). Im Vordergrund steht die Annahme, dass der kapitalistische Wachstumsimperativ sowohl die Klimakrise verantwortet, die Zerstörung von Ökosystemen befeuert, internationale Ausbeutung begünstigt und zu Armut, Entfremdung und Überarbeitung führt. Aufgrund ihrer programmatischen Heterogenität entzieht sich die Degrowth- und Postwachstumsbewegung einer einheitlichen Definition (D'Alisa et al. 2015). Zu beobachten ist jedoch, dass der Begriff des Postwachstums, der sich im deutschsprachigen Raum etabliert hat, eine systematische Kritik des Kapitalismus häufig ausklammert – stattdessen wird der Fokus auf die Vorteile von individuellem Verzicht, Suffizienz und einem genügsamen Leben gesetzt, wie es etwa Niko Paech und Harald Welzer tun. Obgleich diese Position und die Gefahr ihrer Ko-optierung von rechten Intellektuellen von den führenden Postwachstums- und Degrowth-Autor/innen aufgegriffen und entworfen wird (Schmelzer 2022; Eversberg 2018), mangelt es an einer tiefgründigen Analyse der Anknüpfungspunkte, die die „Neue Rechte“ in der Postwachstumsliteratur findet.

Postwachstum von rechts

Es sind nicht alle rechten Strömungen geneigt, linke Begriffe wie Postwachstum und Degrowth zu verwenden. Als parlamentarische Vertretung der Neuen Rechten rekrutiert sich die

Alternative für Deutschland (AfD) etwa aus zwei Lagern – Anhänger/innen eines radikalen Marktliberalismus, die zu einer undifferenzierten Klimaleugnung neigen, und national-sozialen Kräften, die einen klassischen Wohlfahrtschauvinismus verteidigen und sich mit ökologischen Themen und Debatten wie dem Postwachstum auseinandersetzen. Beispiele rechts-extremer Gruppen, die ökologische Themenfelder bespielen, sind rechte Landnahme- und Siedlungsbewegungen, wie die esoterische Anastasia-Bewegung. Anders zu verorten ist die Kleinpartei Der III. Weg, die oft auf den Straßen mobilisiert und von einer kleinen rechtsextremen Elite ehemaliger NPD-Funktionäre geführt wird. Der III. Weg hat ein – stark an den historischen Nationalsozialismus angelehntes – 10-Punkte-Programm, das in vier Punkten Bezug auf die ökologische Dimension nimmt und an einen kapitalismuskritischen Diskurs andockt. Am rechten Rand mehrten sich zur gleichen Zeit Verlage (Antaios, Oikos, Jungeuropa) und Magazine (Compact, Sezession, Die Kehre: Zeitschrift für Naturschutz), die sich mit rechten Ideen und Denker/innen auf intellektuelle Weise auseinandersetzen und rechte Ideologien weiterentwickeln.

Eines dieser Magazine, *Die Kehre: Zeitschrift für Naturschutz*, ist auf ökologische Themen fokussiert – und bespricht die Ideen des Postwachstums häufig (vgl. auch der Beitrag von Passeick in dieser Ausgabe). Herausgegeben wird die Kehre von Jonas Schick, der bis zu seinem strategischen Austritt im Jahr 2017 ein aktives Mitglied der Jugendpartei der AfD war. Die Ansätze des Magazins sind vor allem vom Vordenker der französischen *Nouvelle Droite* Alain de Benoist inspiriert, dessen Buch *Nach dem Wachstum: Texte zur ökologischen Frage* (2022) von Schicks neugegründetem Oikos Verlag ins Deutsche übersetzt wurde. Die Ausgabe *Postwachstum* (Heft 7) beinhaltet neben anderen Texten eine Besprechung von Niko Paech – andernorts wurden die Publikationen von Degrowth-Autoren Tim Jackson (Heft 10) und Jason Hickel (in Kürze erscheinendes Heft 13) rezensiert. Nicht nur rezensiert das Magazin linke Bücher, es verwendet und verdreht dabei häufig linke Argumente. So etwa in ihrer *Kritik des grünen Kapitalismus*, wie ein Artikel des rechten Verlegers und Denkers Benedikt Kaiser betitelt ist. Kaisers Artikel beginnt und endet mit Referenz zu den Worten von Alain de Benoist: „Tatsächlich ist die Umweltbewegung eindeutig konservativ insofern, als sie Lebensqualität, organische Gemeinschaft, traditionelle Lebensgrundlagen, die Vielfalt der Arten wie der Kulturen zu bewahren sucht, und revolutionär insofern, als sie den radikalen Bruch mit der produktivistischen

Ideologie fordert, auf der weltweit die Logik des Kapitals und des Markts gründet.“ (Heft 7/2021, 15)

In der Besprechung der Ausgabe *Ökofaschismus* (Heft 12/2022) zeigen sich Kehre-Autoren offen, das Magazin als ökofaschistisch zu bezeichnen, würde sich daraus ein strategischer Vorteil ergeben. Ziel der Verleger ist es, den politischen Einfluss der Zeitschrift weiter auszubauen. Bislang wurden Interviews mit AfD-Politikern wie Alexander Gauland und Björn Höcke im Magazin abgedruckt. Höcke folgt den Magazin-Herausgebern nicht nur in seinen Argumenten, dass „die etablierte Politik mit ihrem einseitigen Wachstumsdogma am Ende ist“ und dass „ökologischen Gesetze auch für den Menschen gelten“ (Heft 6/2021, 33 ff.), sondern lässt sich auch gerne beim Lesen des Magazins fotografieren, wie auf der Instagram-Seite des Magazins zu sehen ist. Beim Junge-Alternative-Bundeskongress 2022 ließ sich auch AfD-Co-Vorsitzender Tino Chrupalla mit Schick ablichten.

Rechte Aneignungsstrategien

Dass sich die Rechte des Postwachstumsdiskurses bedient, mag zunächst überraschen. So ist insbesondere im deutschen Kontext etabliert, dass der Kapitalismus – wenn auch in einer verstaatlichten Form – einen grundlegenden Baustein für die Machtergreifung und Autarkiepolitik der Nationalsozialisten darstellte. Andere zentrale Ideologien und Taktiken der historischen und Neuen Rechten, die im nächsten Abschnitt besprochen werden, bieten jedoch Anschlusspunkte an Wachstums- und Kapitalismuskritik, insbesondere in Zeiten der Klimakrise: Der Nationalismus, der Rassismus, die Blut-und-Boden-Ideologie, die Malthusische Bevölkerungspolitik und ein rechter Gramscianismus.

Die Nation ist, mit den Worten Benedict Andersons, eine imaginierte politische Gemeinschaft, die ihre historische Entwicklung, Geschlossenheit und Souveränität mystifiziert. Entscheidend ist, dass die Charakterisierung der Nation als eine begrenzte Gemeinschaft auf die Konstruktion eines externen Anderen angewiesen ist. Als weitere Eskalationsstufe des liberalen Nationalismus basiert rechter Nationalismus auf einer ethnopluralen Unterscheidung und Hierarchisierung von Menschen, die verbale und körperliche Gewalt gegen einen rassifizierten Anderen motiviert. Rechter Nationalismus fokussiert sich weniger auf den Erhalt staatlicher Funktionen, sondern auf die Verteidigung von einer „biologischen reinen“ oder „kulturell-gewachsenen“ Gemeinschaft (Malm/Zetkin Collective 2021; Moore/Roberts 2022). Diese Verteidigung wird als notwendig angesehen, da die Begrenztheit und Souveränität der Nation durch sogenannte Migrationsströme oder „neoliberale Globalisierung“ nicht aufrechterhalten werden können.

Die Neue Rechte findet in der Kritik des globalen Kapitalismus, die das Postwachstum übt, ein Einfallstor für ihren Ethnonationalismus. Ein unabhängiger, von rechten Akteuren genannter Lebensraum, der innerhalb geschlossener Grenzen auf regionale Selbstversorgung baut, wird seitens der Rechten

als Alternative zum globalisierten Kapitalismus dargestellt. Somit kann rechtes Postwachstum an bereits etablierte Narrative anschließen: Dass das Leben in Städten Menschen entfremdet und beschleunigt, das suffiziente und autarke Leben auf dem Land eine natürlichere – und somit bessere – Lebensform darstellt, ortsgebundene Gemeinschaften häufig einer ökologischen Lebensweise nachgehen und Souveränität durch Lokalismus zurückgewonnen werden kann. Besonders ausdrucksstark wurden diese Annahmen bislang in der Blut-und-Boden-Ideologie eines reinen und mit der lokalen Natur verbundenen Volkes formuliert, die 1933 durch den Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, Walther Darré, populär wurden. Zu den Zeiten des „Dritten Reichs“ legitimierte die Blut-und-Boden-Ideologie die nationalsozialistische Expansionspolitik und befeuerte den Antisemitismus gegenüber einem in dieser Ideologie als „ortsfremd“ und „unverwurzelt“ charakterisierten sogenannten jüdischen Nomadentum. In der Aneignung des Postwachstumsbegriffes kommen die Erben dieser historischen Ideologie wieder ins Spiel, indem sie versuchen, Degrowth-Ideen wie einem lokalen *Commoning*, autonomen Orten und alternativen Landwirtschaftssystemen eine rechtsnationale Bedeutung zu geben.

Dass die Rufe nach einer Postwachstumsgesellschaft inmitten der Klimakrise lauter werden, spielt einem rechten Naturschutzprojekt in die Karten. Weil die Begriffe des Postwachstums und des Degrowth keine inhärente Verbindung zu dem Objekt aufzeigen, dessen Wachstum überwunden werden soll, bleiben beide Begrifflichkeiten für die rechte Auslegung offen, die ökologische Krise könnte nur durch ein Schrumpfen der Weltbevölkerung überwunden werden. Ihre Wurzeln haben derartige Überzeugungen unter anderem in Thomas Malthus Aufsatz *Über das Prinzip der Bevölkerung* aus dem Jahr 1798. In dem argumentierte Malthus, dass der Staat arme Menschen nicht finanziell unterstützen sollte – würden sie verhungern, wäre dies eine sozialdarwinistische Kontrollfunktion der Natur, die Bevölkerungsgröße im Einklang mit ökologischen Ressourcen zu halten. Die Rechte hat diesen Klassismus auf die internationale Arbeiter/innenklasse ausgeweitet und modernisiert. Durch das neokoloniale Narrativ des von rechten Akteuren sogenannten großen Austauschs postulieren sie, *People of Colour* würden durch eine höhere Reproduktion und gezielte Migration in den Globalen Norden „Weiße“ eliminieren. In Zeiten der Klimakrise argumentiert die Neue Rechte, dass die „Schrumpfung der Bevölkerungszahl [...] aus ökologischer Sicht“ ein wichtiger „Postwachstumsprozess“ und die „Minimierung regionaler und globaler Migration [...] ein wesentlicher Baustein für eine ökologische Lebensweise“ seien (Schick 2020, 1).

Nationalismus, Rassismus und Malthusianismus werden mal explizit entwickelt, mal implizit in einen verharmlosenden Diskurs eingebettet. Solche Taktiken der Einbettung sind als „rechter Gramscianismus“ zu verstehen. Antonio Gramsci analysierte, wie Klassenverhältnisse und Machtstrukturen durch hegemoniale Ideen, Diskurse und Praktiken verbreitet

und stabilisiert werden und schlussfolgerte, dass eine sozialistische Politik eine Gegenhegemonie entwickeln muss, um die Breite der Bevölkerung zu mobilisieren. Einer rechten Aneignung des Gramscianismus folgend zielen etwa Alain de Benoists politische Interventionen auf eine kulturelle und abstrakte Transformation genereller Ideen, die er als „Metapolitik“ bezeichnet. Durch die Umdeutung bestehender Begriffe, Normen und Traditionen soll ein langsamer Kulturwandel initiiert werden, der schlussendlich in einer revolutionären Veränderung politischer Institutionen endet. Die deutsche Neue Rechte findet in Benoist ein Vorbild dafür, wie rechte Metapolitik bestehende Begriffe umdeuten kann. Beispielsweise plädiert die Jungpartei der AfD dafür, dass die Mutterpartei den Klimawandel nicht länger leugnet. Grund dafür ist nicht etwa die Einsicht, dass die „Annahme eines durch CO₂-Emissionen menschengemachten Klimawandels“ wissenschaftlich fundiert ist, sondern dass die Themen des Klimawandels und Umweltschutzes zu einem gesellschaftlich relevanten Gegenstand geworden sind (Junge Alternative 2022, 5). Da die Junge Alternative in der Grünen Partei ihren Hauptgegner sieht, zielt ihre rechtsgramscianische Strategie darauf ab, den Naturbegriff von rechts zu besetzen und so neues Wählerpotenzial zu erschließen. Während sie lamentieren, dass die sogenannten Altparteien sich lediglich auf die Frage des Klimaschutzes begrenzen, möchten sie die Debatte des lokalen Umweltschutzes prägen. Ihre Vorschläge zur Verbesserung des Klimas sehen vor, tatsächlichen Klimaveränderungen „nüchtern“ zu begegnen, den Abbau von Braun- und Steinkohle zu reaktivieren (Junge Alternative 2022, 5–7) und die „Überbevölkerung“ zu begrenzen (Tagesspiegel 2019). Diese Herangehensweise verharmlost rassistisches Denken und nutzt das Momentum linker Klimapolitik und die wachsende Bekanntheit des Postwachstumsbegriffes für rechte Zwecke aus.

Linke Gegenstrategien

Das Projekt der politischen Rechten hat linke Begrifflichkeiten stets für sich genutzt. Im Dritten Reich wurde etwa probiert, die Arbeiter/innenklasse durch sozialistisch angehauchtes Vokabular für sich zu gewinnen und Populismus wird mittlerweile fast ausschließlich mit rechten Projekten in Verbindung gebracht. Dass sich die Rechte nun auch des Vokabulars der Postwachstums- und Degrowthbewegung bedient, bedeutet demnach nicht, dass es unwiederbringlich eingenommen ist. Trotzdem sollten die Rufe rechter Denker nach einer Abkehr vom kapitalistischen Wachstumsimperativ ernst und zum Anlass für deutliche Abgrenzung genommen werden. Hierbei wäre es nützlich, wenn Postwachstumstheorien in ihrer Kritik des ökonomischen Wachstums deutlicher auf der marxistischen Klassenanalyse aufbauen. Ein Vorbild, das eine Koalition von rechts a priori ausschließt, ist in dem Vorschlag für ein „Ökologisches Postwachstum/Degrowth“ zu finden (Löwy et al. 2022; Durand et al. 2023). Durch die Kopplung des Postwachstums an die Theorie des Ökosozialismus wird deutlich,

welches profitorientierte Wachstum überkommen werden muss, um einen Zuwachs in anderen Bereichen zu ermöglichen und die demokratische Entscheidungsfindung zu stärken. Ein Ökosozialistisches Postwachstum verspricht nicht nur einen starken Fokus auf globale Gerechtigkeit, sondern auch ein politisches Mittel, Zukunftshorizonte zu entwickeln und einer rechten Programmatik entgegenzuwirken, die Angst vor Kollaps und Chaos schürt. Obwohl die Degrowth-Bewegung immer stärker darin wird, Ideen für eine postkapitalistische Gesellschaft auszuformulieren, könnten diese durch ökosozialistische Überlegungen zur Umstrukturierung der Wirtschaft an Schärfe und Zuspruch gewinnen.

Anmerkung

Dieser Beitrag wurde durch den *Formas Research Council in Sweden* unter der Zuschussnummer (2018-01702) unterstützt.

Literatur

- D'Alisa, G. et al. (2015): *Degrowth: A Vocabulary for a New Era*. New York, Routledge. DOI: 10.4324/9780203796146
- Eversberg, D. (2018): Gefährliches Werben: Über die Anschlussfähigkeit der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31/4: 52–61. DOI: 10.1515/fjsb-2018-0082
- Durand, C./Hofferberth, E./Schmelzer, M. (2023): *Planning beyond growth. The case for economic democracy within limits*. Political Economy Working Papers, 2023/1. <https://archive-ouverte.unige.ch/unige:166429>
- Hickel, J. (2021): What does degrowth mean? A few points of clarification. In: *Globalizations* 18/7: 1105–1111. DOI: 10.1080/14747731.2020.1812222
- Junge Alternative (2022): „Jugend, die vorangeht!“ Programm & Leitlinien. <https://netzseite.jungealternative.online/start/programm>
- Löwy, M. et al. (2022): For an Ecosocialist Degrowth. In: *Monthly Review* 73/11: 56–58. DOI: 10.14452/MR-073-11-2022-04_4
- Malm, A./The Zetkin Collective (2021): *Black Fuel, White Skin – On the Danger of Fossil Fascism*. London, Verso.
- Moore, S./Roberts, A. (2022): *The Rise of Ecofascism: Climate Change and the Far Right*. Cambridge, Polity Press.
- Schick, J. (2020): Editorial. In: *Die Kehre: Zeitschrift für Naturschutz*.
- Schmelzer, M. et al. (2022): *The Future Is Degrowth: A Guide to a World beyond Capitalism*. London, Verso.
- Tagesspiegel: Junge Alternative Berlin. *Parteinachwuchs fordert neue Klimapolitik der AfD*. www.tagesspiegel.de/politik/parteinachwuchs-fordert-neue-klimapolitik-der-afd-5939545.html

AUTOR/INNEN + KONTAKT

Tatjana Söding ist freie Journalistin und Forschungsmitglied des Zetkin Collectives.

E-Mail: tatjanasoeding@gmail.com

William Callison ist Postdoctoral Fellow an der Fakultät der Human-geographie an der Uppsala University und Mitglied des Zetkin Collectives.

Uppsala Universität, Ekonomikum, Kyrkogårdsgatan 10
Box 51 37 51 20 Uppsala, Sweden. E-Mail: william.callison@kultgeog.uu.se